

Beschluss Resolution: Der Kohlekompromiss kann nur ein Anfang sein – kein weiteres Dorf opfern – Strukturwandel zivilgesellschaftlich voranbringen

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 23.02.2019
Tagesordnungspunkt: Top 1 Grußworte und Formalia

Antragstext

1 Nach Jahren des klimapolitischen Stillstands hat die Kohlekommission nun
2 Eckpunkte vorgelegt, mit denen Deutschland wieder auf den Pfad des Pariser
3 Klimaabkommens kommen kann. Dies kann allerdings nur gelingen, wenn die in der
4 Kommission vereinbarten Revisionsklauseln genutzt werden, um einen schnelleren
5 Ausstieg zu forcieren. Nicht ohne Grund geben sich z.B. Schüler*innen mit dem
6 bisherigen Ergebnis nicht zufrieden, streiken unter dem Motto "fridays for
7 future" und fordern weitere ambitionierte Schritte. Nach dem Bericht der
8 Kohlekommission ist klar, dass uns noch harte Kämpfe um die Ausgestaltung des
9 Kohleausstiegs bevorstehen. Dennoch sind die Eckpunkte ein wichtiges Signal,
10 dass Deutschland als großes Industrieland aus der Kohle aussteigt. Ohne den
11 langjährigen Druck der Umwelt- & Klimabewegung sowie von uns Bündnisgrünen wäre
12 dies nicht möglich gewesen.

13 Nun müssen Bundesregierung und Landesregierungen die Empfehlungen der Kommission
14 zügig in Gesetzestexte gießen und umsetzen. Mit Blick auf die fortschreitende
15 Klimakrise sowie die Klimaziele ist klar, dass der Kohleausstieg in Deutschland
16 und Brandenburg deutlich früher abgeschlossen sein muss als 2038. Damit die in
17 der Kommission vereinbarten Revisionsklauseln nicht zur Senkung, sondern zur
18 Einhaltung der Klimaziele genutzt werden, braucht es deshalb weiterhin großen
19 Druck von Klimaschützer*innen. Denn die Brandenburger SPD steht nicht für mehr,
20 sondern weniger Klimaschutz: Nach wie vor kämpft sie für die Umsetzung des
21 sogenannten Revierkonzepts der LEAG, mit dem der Brandenburger Kohleausstieg in
22 die 2040er Jahre verschoben würde!

23 Für NRW hat die Kohlekommission zeitnahe Meilensteine empfohlen, u. a.
24 umfangreiche Kraftwerksabschaltungen bis 2022 und den Erhalt des Hambacher
25 Waldes. Für Brandenburg dagegen ist weiterhin offen, ob der Tagebau Welzow Süd
26 II noch kommt. Für die direkt und indirekt in der Kohle Beschäftigten gibt es
27 damit keine Planungssicherheit. Und auch die Einwohner*innen von Proschim wissen
28 weiterhin nicht, ob ihr Dorf abgebaggert wird. Verantwortlich dafür sind vor
29 allem Ministerpräsident Dietmar Woidke und sein Amtsvorgänger Matthias Platzeck.
30 Sie haben in der Kommission die Absage an den neuen Tagebau Welzow Süd II, und
31 damit auch ein klares Bekenntnis für den Erhalt Proschims, abgelehnt. Und das,
32 obwohl die SPD bereits vor vielen Jahren versprochen hatte, dass Horno das
33 letzte Dorf sei, welches aufgrund der Kohle verschwinde. Dass das
34 Kommissionsmitglied Hannelore Wodtke als Vertreterin der Welzower Tagebaurand-
35 Betroffenen das Kommissionsergebnis deshalb nicht mittragen konnte, ist für uns
36 Bündnisgrüne mehr als verständlich. Gemeinsam kämpfen wir weiter gegen den neuen
37 Tagebau und für den Erhalt Proschims! Auch bereits genehmigte Tagebaue wollen
38 wir verkleinern.

39 Neben dem Ausstieg aus der Kohleverstromung muss endlich der begleitende
40 Strukturwandel angepackt werden. Laut Kommission sollen dafür in den nächsten 20
41 Jahren 16 Milliarden Euro für die Lausitz bereitgestellt werden. Für uns steht
42 fest: Die Gelder können nur prozessbegleitend ausgereicht werden, wenn der
43 Kohleausstieg auch tatsächlich stattfindet! Sie müssen konkret dem
44 Strukturwandel zu Gute kommen und dürfen nicht als Entschädigungen an die
45 Braunkohle-Industrie fließen. Außerdem sprechen wir uns für eine deutlich
46 stärkere Einbindung der Zivilgesellschaft aus: Zehn Prozent der Bundesmittel
47 sollen für zivilgesellschaftliche Projekte, soziales Unternehmertum, kulturelle
48 Projekte etc. verwendet werden.

49 Zu einem erfolgreichen Strukturwandel gehören für uns sowohl die Weiterbildung
50 der Beschäftigten, der Ausbau der Schieneninfrastruktur (etwa die
51 Elektrifizierung der Bahnstrecke Cottbus-Görlitz und der zweigleisige Ausbau der
52 Strecke Lübbenau-Cottbus), Investitionen in Zukunftstechnologien rund um
53 Digitalisierung und Energiewende sowie die Ansiedlung von
54 Forschungseinrichtungen und Bundesbehörden. Wir drängen darauf, dass umgehend
55 geklärt wird, nach welchen Kriterien und über welche Verfahren entsprechende
56 Strukturwandelprojekte vom wem wo eingebracht werden können. Wir fordern einen
57 Staatsvertrag für die Lausitz! Der von der Landesregierung bereits vor Jahren
58 angekündigte Leitbildprozess muss endlich starten. Wir wollen eine gemeinsame
59 Vorstellung davon entwickeln, wohin es nach dem Kohleausstieg gehen soll und wie
60 das Selbstverständnis der Lausitz im Jahr 2050 aussehen könnte.

61 Wer am 1. September 2019 in Brandenburg Bündnis 90/Die Grünen wählt, stimmt für
62 Klimaschutz und den schnellstmöglichen Kohleausstieg, gegen den Tagebau Welzow
63 Süd II und für den Erhalt Proschims. Wir kämpfen weiter für einen nachhaltigen,
64 mit den Menschen vor Ort gestalteten Strukturwandel in der Lausitz.